

Forderungen an die neue Landesregierung

Statement von Claudia Plaikner, Präsidentin des Heimatpflegeverbandes

Die neue Landesregierung steht vor einer neuen Legislatur, vor 5 Jahren der zukunftsweisenden Entscheidungen. Angesichts von Klimakrise, Teuerung, Personalmangel, nicht mehr leistbarem Wohnen und verschiedenen Themen mit politischem und sozialem Sprengstoff ist zu hoffen, dass sich die Landesregierung ihrer enormen Verantwortung bewusst ist, und Weichenstellungen vornimmt, die für die Menschen im Land und für das Land, für unsere Heimat gut sind.

Bei einer Analyse des umfangreichen Regierungsprogramms bleibt vieles allerdings ziemlich vage, manches auch unausgesprochen, einiges aufgrund allgemeiner Formulierungen wenig konturiert; die aufgrund des Klimawandels absolut notwendige Priorisierung des Klimaschutzes findet man darin leider nicht.

Ich möchte auf Themen aus dem Bereich Landschafts-, Ortsbild- und Denkmalpflege, Wohnen und Tourismus eingehen:

- Der Reichtum der natürlichen Umgebung und die Fülle der Kulturlandschaft bestimmen den Grundcharakter Südtirols und die Erfahrung seiner Bewohner*innen. **Südtirols Kultur- und Naturlandschaft** ist in den letzten Jahren aufgrund der wachsenden Bodennutzung und der weiter boomenden Bautätigkeit stark unter Druck geraten. Ihr Schutz und ihre sanfte Entwicklung bedürfen aber künftig neuer und viel entschiedenerer Anstrengungen, wollen wir diese wichtigen identitätsstiftenden Elemente nicht schmälern.

- Dies gilt auch für den Bereich **Denkmalpflege**: Das neue Gesetz zum Schutz der Kulturgüter stärkt die Rolle der Denkmal- und Archivpflege, die nun aber weitere personelle und finanzielle Ressourcen benötigt und einer Aufstockung bedarf, vor allem aber politischen Rückhalt, öffentliche Wertschätzung und konkrete Umsetzung. Hier muss dringend nachgebessert werden. Wir betrachten die geplante Zusammenlegung der Abteilungen Denkmalpflege und Kultur als einen positiven und wichtigen Schritt, damit der Denkmalpflege wieder eine angemessene Bedeutung verliehen wird. Denkmalschutz ist auch Klimaschutz: Gebautes

schonen, auf Gebautem bauen spart Boden, Raum und Emissionen und ist damit ein Gebot der Stunde.

Der 2021 eingeführte **Denkmalbeirat** muss aufgewertet werden, indem er für Gutachten zu Projekten in Denkmal- und Ensembleschutzzonen, vor allem aber bei geplanten Abrissen in Ensemble-Schutz-Zonen angefordert werden kann.

- Statt **Ensemble- und Ortsbildschutz** wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen, wie dies allzu oft der Fall ist, sind sie vielmehr zu stärken. Die Erhaltung landschafts- und ortsbildprägender Gebäude ist eine zentrale Aufgabe der Kulturpolitik und ist mehr zu fördern, bevor diese Objekte gänzlich verschwunden sind (z.B. die Viles im Gadertal und die Mejes in Gröden). Der Ensembleschutz wurde der Gemeindekompetenz überlassen und damit wesentlich geschwächt. Um diesen Fehler partiell zu korrigieren, ist es notwendig, wieder eine Landes-Ensembleschutzkommission einzurichten. Sie sollte verpflichtende Gutachten bei Ausweisung und Abänderungen von Ensembleschutz-Zonen, vor allem aber bei geplanten Abrissen in Ensembleschutz-Zonen abgeben.

Zur **Wohnungsthematik** spricht man im aktuellen Koalitionsprogramm von einer großangelegten öffentlichen Wohnbauoffensive, die wohl vor allem in den Städten zum Tragen kommen soll. Dass das Thema aber viel weiter zu fassen ist und auch im Zusammenhang mit der touristischen Entwicklung zu sehen ist, sollte von der Politik verstärkt wahrgenommen und darauf adäquat reagiert werden.

Das leistbare Wohnen ist zu einer Wunschvorstellung für viele – vor allem auch junge Leute – geworden; die Explosion der Mietpreise hängt mit der geringen Verfügbarkeit von Wohnraum für Normalverdiener zusammen; Airbnb muss stärker reglementiert und besteuert werden, gerechte Mietzinse definiert und eingefordert werden, neue Formen des Wohnens (wie z.B. Einliegerwohnungen) gefördert sowie der Leerstand genutzt werden, der Spekulation um Grund und Boden und dem Zugriff auf denselben durch (ausländische) Investoren muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Der Tourismus – eine Branche mit Rekordzuwächsen – treibt die Immobilienpreise in den Tourismushochburgen durch Zweitwohnungsbau und Investitionsobjekte in rekordverdächtige Höhen.

An vielen Orten Südtirols ist er zum belastenden Overtourismus geworden. Dieser Zweig schlägt bei Nächtigunzzahlen und dem Verhältnis von Einwohnern zu Touristen praktisch alle anderen alpinen Nachbarregionen. Im aktuellen Koalitionsprogramm kommt aber keine Mengendeckelung vor. Man spricht nur von saisonalen Mengenverschiebungen, von Besucherstromlenkungen und sogar vom Verlängern der Saison und vom Erschließen neuer Märkte. Fragwürdig ist auch die im Koalitionsprogramm formulierte Maßnahme, die „...Verbesserung der Tourismusgesinnung durch das Spür- und Nutzbarmachen der Vorteile touristischer Aktivität und Infrastruktur für die Erhöhung der Lebensqualität der ansässigen Bevölkerung ...“ (S.107) erreichen zu wollen.

Wir befinden uns am Beginn einer entscheidenden Legislaturperiode, was Klima- und Landschaftsschutz betrifft. „Südtirols Natur- und Kulturlandschaft ist unser außerordentliches und einzigartiges Kapital“ steht im Koalitionsprogramm. Wir hoffen, dass dem auch in der Praxis Rechnung getragen wird und der Erhalt derselben im politischen Tagesgeschäft eine zentrale Rolle zukommen wird. Wir können es uns nicht leisten, Natur- und Umweltschutz zugunsten einer kurzfristigen „Wirtschaftsverträglichkeit“ ständig hintanzustellen. Ein Aussitzen der großen Herausforderungen ist keine Option mehr!

Bozen, den 26. Jänner 2024

Claudia Plaikner, Präsidentin Heimatpflegeverband Südtirol